



Seite 3:
Stefan Gebhardt beim „LINKEN Stammtisch“



Seite 4:
Warnstreik bei AMEOS in Aschersleben



Seite 6:
Neuer Vorstand der Bundestagsfraktion

DIE LINKE ZEITUNG

12/2019

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis



Parlamentsreform: Der Bundestag muss sich bewegen

Bundestagskuppel in Berlin; Foto: privat

Der Bundestag ist das wichtigste politische Gremium im Land. Hier werden Ideen diskutiert, Beschlüsse gefasst, Maßnahmen beschlossen. Was der Großteil des Parlaments aber seit Jahren ignoriert, sind die internen Baustellen: Wenn es nach aktuellen Umfragen geht, wird der Bundestag bei der nächsten Wahl auf über 800 Sitze anwachsen. Nicht nur die Arbeitsfähigkeit des Parlaments würde darunter leiden, schon der Platz würde nicht ausreichen, um alle Abgeordneten und ihre

Angestellten unterzubringen. Zu Recht halten viele Leute außerdem die Debattenformate für zu langweilig, wollen wissen, was in den nicht öffentlich tagenden Ausschüssen geschieht und fragen sich bei manchen Gesetzesvorschlägen der Bundesregierung, in wessen Sinne diese eigentlich handelt und wie viele Lobbyorganisationen welchen Einfluss auf die Ministerien haben. Das muss endlich was passieren. Weil die Regierungskoalition aus CDU/CSU es nicht hinbekommt, hat sich DIE LINKE nun

mit FDP und Grünen zusammengetan und einen Vorschlag für eine Wahlrechtsreform gemacht. Nach unserem Gesetzentwurf würde die Zahl der Wahlkreise auf 250 moderat verringert, die reguläre Gesamtsitzzahl leicht auf 630 erhöht. Das wären knapp 80 weniger Sitze als jetzt. Die den Bundestag unnötig aufblähenden Überhangmandate sollen vorrangig durch die Streichung von Listenmandaten in anderen Bundesländern kompensiert werden, nicht durch Ausgleichsmandate. Der

Union, die bei Bundestagswahlen die meisten Direktmandate gewinnt, geht das offenbar zu schnell: Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) hat jetzt vorgeschlagen, die reguläre Zahl der Abgeordneten alle vier Jahre um 40 Sitze zu reduzieren. Damit würde die CDU das Problem mit der Zukunftsplanung ihrer Abgeordneten in die Wahlkreise verschieben, wo die Bevölkerung alle vier Jahre neue Wahlkreis-zuschneide bekäme – mit uns ist das nicht zu machen.

Immerhin hatte sich CDU-Vorstandsmitglied und Wirtschaftsminister Altmaier auch in anderen Punkten mit nötigen Reformen im Par-

lamentsalltag beschäftigt und zum Beispiel Online-Anhörungen zur Beteiligung von BürgerInnen am Gesetzgebungsprozess gefordert. Das ist eine gute Idee - wie weit weg wir davon sind, erkennt man allerdings daran, dass derzeit nicht einmal die Ausschüsse regulär öffentlich tagen. Ein dahingehender Antrag der Linksfraktion zu Beginn der Wahlperiode wurde abgelehnt. Wer BürgerInnen zudem an Gesetzgebungsverfahren beteiligen will, sollte offenlegen, wer es sonst noch tut. Doch gegen ein verpflichtendes Lobbyregister und den sogenannten "Legislativen Fußabdruck", der den Lobbyeinfluss auf Gesetze deutlich

machen soll, wehrt sich die Regierungskoalition mit Händen und Füßen.

Der Bundestag und die Bundesregierung müssen sich auf die Bürgerinnen und Bürger zu bewegen, wenn die Demokratie gestärkt, und die Akzeptanz und das Interesse an Politik geweckt werden sollen. Bei politischen Entscheidungen muss mit offenen Karten gespielt werden. DIE LINKE hat ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt, jetzt ist es Zeit für die Koalitionsparteien, sich zu bewegen.

*Jan Korte,
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der Bundestagsfraktion*

Landtagsticker zur Sitzung im November

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Solidarität mit den Beschäftigten bei Enercon, Windenergie retten

Die angekündigten Massenentlassungen beim Windenergieanlagenhersteller Enercon sind sozial und wirtschaftlich ein Desaster für die Betroffenen und die Region sowie für die Klimaziele. Deshalb forderte der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann, dass sich der Landtag solidarisch an die Seite der Beschäftigten stelle und darauf hinwirke, dass das Unternehmen gemeinsam mit den Beschäftigten Perspektiven für den Standort erarbeitet. Dieser neuerliche Vorgang des Abbaus von Arbeitsplätzen nach der Inanspruchnahme von Wirtschaftsförderung soll nach unserer Ansicht Anlass sein, die Fördermittelvergabe deutlich effektiver an den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Land Sachsen-Anhalt zu knüpfen. Unser Antrag wurde zur Beratung in den Wirtschafts- und den Sozialausschuss überwiesen.

Kinderrechte ins Grundgesetz

30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention fehlt es immer noch an der Umsetzung elementarer Forderungen. Zu nennen sind der Grundrechtstatus von Kindern, das Herstellen von Bildungsgerechtigkeit und der Kampf gegen Kinderarmut. Obwohl im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen ist, Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen, sind derzeit konkrete Maßnahmen noch nicht in Sicht. Deshalb forderte die kinder- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann die Landesregierung auf, im Bundesrat aktiv zu werden und sich für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Wir wollen, dass das Kindeswohlprinzip bei allem staatlichen Handeln, das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen staatlichen Entscheidungen, die sie betreffen, Berücksichtigung finden. Dieser Antrag wur-

de zur Beratung in den Rechts- und den Sozialausschuss überwiesen.

Sinnvolle und lebensnahe Seniorenpolitik

Für die Fraktion DIE LINKE forderte die seniorenpolitische Sprecherin Katja Bahlmann die Landesregierung auf, das Seniorenpolitische Programm des Landes weiterzuentwickeln. Dabei sollen vor allem lebensnahe und praktische Maßnahmen ergänzt werden, die an die tatsächliche Problemlage von Seniorinnen und Senioren anknüpfen. Fahrpläne sind zu klein gedruckt und nicht lesbar. Fehlender oder schlecht organisierter ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum schränkt ihre Mobilität stark ein. Vereinsamung und Rückzug im Alter bereiten Sorge. Sachsen-Anhalt soll nach unserer Auffassung dem Beispiel Brandenburg folgen, das 2011 das Programm „Aktives Altern in Brandenburg - Seniorenpolitisches Maßnahmenpaket der Landesregierung“ aufgelegt hat. Mit diesem Antrag wird sich der Sozialausschuss weiter befassen.

Modernen Arbeitsschutz gewährleisten

Zur Durchsetzung eines effizienten Arbeitsschutzes von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern forderte der gewerkschafts- und wirtschaftspolitische Sprecher Andreas Höpner die Landesregierung auf. Dazu sind die Arbeitsschutzbehörden personell zu verstärken. Denn insbesondere das Landesamt für Verbraucherschutz wurde in den vergangenen Jahren personell reduziert. Damit einher ging auch eine Reduzierung der Betriebskontrollen. Die Identifizierung von schwarzen Schafen beim Arbeitsschutz und bei der Entlohnung erhöht das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber vor allem auch der Verbraucherinnen und Verbraucher. Da sich durch die sich wandelnde Arbeitswelt, insbesondere auch den digitalen Wandel, psychische Erkrankungen zunehmen fordert die Fraktion DIE LINKE eine diesbezügliche Modernisierung des Arbeitsschutzrechtes. Dieses Thema soll im Sozialausschuss weiter beraten werden.

Pflegekinderwesen verbessern und Alleinerziehende stärker unterstützen

Im April 2019 hatte die familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann der Fraktion DIE LINKE einen Antrag eingebracht, die Strukturen des Pflegekinderwesens zu verbessern und Alleinerziehende stärker zu unterstützen. Darin forderten wir die Landesregierung zur Schaffung gleichwertiger Rahmenbedingungen für Pflegeeltern auf. Der zuständige Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat eine Beschlussempfehlung erarbeitet, mit der unser Antrag deutlich verändert wurde. Insbesondere unsere Forderung nach besonderer Unterstützung Alleinerziehender fiel gänzlich aus der Beschlussempfehlung heraus. Dabei kommen mehr als 50 Prozent der Pflegekinder aus Haushalten Alleinerziehender und bedürfen deshalb besonderer Unterstützung. Die Fraktion DIE LINKE hat daher die Beschlussempfehlung des Ausschusses abgelehnt.

Fischsterben in der Bode bei Staßfurt

In den letzten Jahren gab es immer wieder Meldungen zum Fischsterben in der Bode bei Staßfurt. Die Menschen vor Ort sind verunsichert. Um die Sorgen der Menschen vor Ort ernst zu nehmen und Klarheit sowie Vertrauen in staatliches Handeln zu bekommen, helfen nach Auffassung des umweltpolitischen Sprechers Hendrik Lange nur Kontrollen, unabhängige Gutachten, Einbeziehung der Menschen vor Ort und absolute Transparenz. Deshalb forderte DIE LINKE ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Unter anderem sollen durch einen unabhängigen Gutachter kontinuierlich die Einleitstellen/Messstellen überprüft und zusätzliche Messpunkte dort eingerichtet werden, wo die Abwässer verschiedener Einleiter noch zu unterscheiden sind und der Umgang mit Ammoniak im Unternehmen CIECH Sodawerke Staßfurt geprüft werden. Mit diesem Antrag befasst sich der Umweltausschuss.

Landtagswahl in Thüringen

Friedrich Schütz

Am 27. Oktober fand in Thüringen die turnusmäßige, alle fünf Jahre stattfindende Wahl des Landtages statt. Wie aus dem von Horst Kahrs, Wissenschaftler an der Rosa-Luxemburg-Stiftung, erarbeiteten „Wahlnachbericht“ zu ersehen ist, gab es 1 729 146 Wahlberechtigte, von denen 1 121 948 an der Wahl teilnahmen, was einer Beteiligung von 64,9% entspricht und gegenüber der vorigen Wahl am 14. September 2014, als diese 52,7% betrug, eine Steigerung ist.

Den Einzug in das neue Landesparlament schafften 6 Parteien und damit eine mehr als 2014. Es soll nun ein kurzer Überblick über die bei der Wahl erreichten Ergebnisse gegeben werden.

DIE LINKE., die 2014 überraschend ein hohes Ergebnis mit 265 428 Stimmen (28,2%) erreichte, wofür es 28 Sitze gab, überbot dieses jetzt noch mit 343 736 Stimmen (31,0%) und

29 Mandaten. Horst Kahrs bezeichnet das Ergebnis als „ein Allzeithoch bei Landtagswahlen“. Und weiter: „Hierfür ist in erster Linie die Arbeit und Persönlichkeit des Ministerpräsidenten verantwortlich und in zweiter Linie Fraktion und Partei, die ihm diese Rolle ermöglicht haben“. Gegenüber 2014 sank die CDU von 33,5% auf 21,8 % und damit auch die Zahl der Abgeordneten von 34 auf 21. Zufrieden sein kann sie nur mit den Ergebnissen im katholischen Eichsfeld, wo sie in den beiden Wahlkreisen auf 40,1% bzw. 35,8% kam.

Auch die SPD war mit 8,2% und 8 Mandaten gegenüber 2014 eine Wahlverliererin. 2014 hatte sie 12,4% und 12 Sitze gewonnen. Das trifft auch für die Grünen zu, deren Stimmenanteil von 5,7% auf 5,2% fiel und die von ihren nur 6 Sitzen noch 1 verloren. Die FDP, die 2014 den Einzug in den Landtag nicht geschafft hatte, erreichte es jetzt mit 5% der Stimmen

und fünf Mandaten. Eine große Siegerin dieser Wahl war die AfD. Die Zahl der von ihr gewonnenen Stimmen erhöhte sich von fast 100 000 auf fast 260 000, hat sich also weit mehr als verdoppelt und statt bisher 11 hat sie jetzt 22 Abgeordnete.

Eine Aufgabe, die eng mit einer Landtagswahl verbunden ist, ist die Entscheidung darüber, welche Parteien die zukünftige Landesregierung bilden werden. Für eine solche Regierung ist erforderlich, dass die jeweiligen Partner insgesamt mindestens über die Hälfte der Abgeordnetensitze verfügen. Das sind in diesem Fall 46.

Die noch amtierende rot - rot - grüne Regierung unter Bodo Ramelow verfügt nicht über eine solche Mehrheit, die sie durch die Stimmenverluste von SPD und Grünen verlor. Sie ist also abgewählt, regiert aber bis zur Wahl der neuen Regierung.

Stefan Gebhardt beim „LINKEN Stammtisch“

Klaus Magenheimer, stellvertretender Kreisvorsitzender



Der Landesvorsitzende beim Stammtisch, Bild: Thomas Skoczowski

Nach einer Nachmittagsveranstaltung im Ortsverband Aschersleben war er am 11. November Gast beim traditionellen „Linken Stammtisch“ im Wahlkreisbüro in Bernburg. Unter dem Thema: „Sachsen - Anhalt sozial gestalten – das Land nach links bewegen. Wie kann das gelingen?“ wurden an diesem Abend die Standpunkte lebhaft ausgetauscht.

Zum Einstieg in eine lebendige Diskussion, an der auch das Landesvorstandsmitglied Roland Claus und die Kreistagsfraktionsvorsitzende Sabine Dirlich teilnahmen, nutzte er

das gemeinsam erarbeitete Positionspapier - „Angebot für einen Sozialstaatsdialog“.

Da die sozialen Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt nicht besser geworden sind, ist es besonders wichtig, dass sich unsere Partei intensiv mit diesem Thema beschäftigt und sich damit von anderen Parteien unterscheidet.

Vor allem die Politik der SPD hat in der Vergangenheit mit ihren unsocialen Gesetzen zu einer Entsolidarisierung und Selbstausbeutung geführt, um über die Runde zu kommen. Der jetzigen Kenia - Koalition sprach er eine funktionierende - das Land entwickelnde Regierungsarbeit ab. Die 3 Regierungsparteien bekommen keine eigenen Anträge mehr hin und streiten nur noch um Landesgesetze. Sie werden von der Opposition getrieben und vor allem von der Linken mit sozialpolitischen Anträgen. Mit diesem 10-seitigen Positionspapier von Partei und Fraktion wird ein Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger für eine grundlegende Erneuerung des Sozialstaates gemacht.

Solche Brennpunkte, wie flächendeckende Krankenhausversorgung und ambulante Pflegedienste wurden in der Diskussion mit praktischen Beispielen aus dem Kreis untersetzt. So waren es nur die Mitglieder unserer Partei, die sich mit den Warnstreikenden von AMEOS an allen 4 Krankenhäusern solidarisierten und die Forderung nach einer tarifgebundenen Entlohnung unterstützen. Zu einer grundlegenden sozialen Forderung gehört für alle Anwesenden auch die Sicherung guter Löhne in allen Beschäftigungsbereichen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften ist um eine tarifgebundene Bezahlung zu streiten. Auch,

dass damit Sachsen-Anhalt den Ruf eines Billiglohndlandes endlich verliert.

Gestritten wurde auch um das Grundrecht Wohnen. Die Mietpreisentwicklung darf nicht dazu führen, dass für sozial schwache Menschen nur noch der Plattenbau am Rande der Stadt als Wohnstandort möglich ist. Auch müssen die Regelleistungen durch den Landkreis den neuen Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt angepasst werden.

Gedanken zum ökologischen Umbau der Gesellschaft wurden ausgetauscht. Alle waren sich einig, er darf nur sozial gerecht erfolgen. Nicht das PKW- Fahrverbot ohne den entsprechenden Umbau des ÖPNV oder die Preiserhöhung bei Kraftstoffen bringt die Erfolge. Die Industrie, als Hauptverursacher, muss vom Staat verbindlich in die Pflicht genommen werden. Alle waren sich einig - das Thema des Stammtisches kann man nicht mit einer Veranstaltung abarbeiten. Es wird den kommenden Landtagswahlkampf wesentlich bestimmen müssen. Es wird aber nur zur breiten Diskussion anregen, wenn es überschaubar und verständlich formuliert ist und Zielgruppen konkret anspricht.

Stefan Gebhardt sieht für die Belebung einer Diskussion aber auch Stellen von Forderungen um die Lage auf dem sozialen Gebiet zu verbessern. So müssen wir klar erkennen, dass zum Beispiel der Weg der Privatisierung der Krankenhäuser, den wir zur entsprechenden Zeit nicht verhindern konnten, nicht das angestrebte Ziel erreicht hat. Beispiele der Rekommunalisierung gibt es bereits.

Am 22. Januar wird Stefan Gebhardt Gast im Ortsverband Staßfurt sein.

Warnstreik bei AMEOS in Aschersleben

Regina Koblischke, DIE LINKE Aschersleben

Der Warnstreik bei AMEOS in Aschersleben fand am 08.11.2019 ab 06:00 Uhr ebenso wie in den Kliniken in Staßfurt, Bernburg und Schönebeck statt.

Als Vertreter des Ortsvorstandes ver.di nahmen Frau Koblischke und Herr Frahm als Unterstützer daran teil.

Die Kolleginnen und Kollegen trafen und versammelten sich gegenüber dem Krankenhaus. Ihre zum Teil selbstgemachten Plakate zeugten davon, wieviel Frust über die Jahre entstanden war und sich langsam durch die Neuwahl des Betriebsrates auch ein Kampfeswille eingestellt hat, um dem - nicht weiter so mit uns - Ausdruck zu verleihen.

Zur Freude der Anwesenden kamen zur Unterstützung der berechtigten Forderungen (endlich einen Tarifvertrag mit der Krankenhausleitung abzuschließen) die Genossen Stefan



Demonstration in Aschersleben; Bild: Rolf Frahm

Gebhardt und Sven Knöchel mit hinzu. Stefan fand warme Worte zur Unterstützung der Forderungen für die Anwesenden und teilte mit, dass an allen Standorten Vertreter der Landtagsfraktion der LINKEN anwesend sind. Dies

wurde sehr positiv aufgenommen. Für Stefan kam hinzu, dass er in diesem Krankenhaus gelernt hatte und somit viele Begegnungen und Gespräche mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen führen konnte.

Die Streikenden aus Staßfurt kamen mit einem Bus nach Aschersleben und nahmen dann an den weiteren Aktionen teil. Der Marsch vom Krankenhaus zum Streiklokal und dann der Marsch zum Markt in der Innenstadt fand Anklang und Unterstützung bei Vorbeifahrenden und schauenden sowie laufenden Bürgern.

Die Kundgebung am Hennebrunnen war aus unserer Sicht ein Erfolg für die Organisatoren und Teilnehmenden. Durch ihre Teilnahme unterstützten die schon im Ruhestand befindlichen Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Anwesenheit die Forderungen.

Kranzniederlegung auf dem jüdischen Friedhof

Lars Lehman,

Ortsvorsitzender DIE LINKE Saale-Wipper

Die Ortsgruppe der Partei DIE LINKE. hatte auch in diesem Jahr wieder zur Teilnahme an der Kranzniederlegung auf dem jüdischen Friedhof in Güsten aufgerufen, um der Greuelstaten anlässlich der Reichspogromnacht am 09.11.1938, bzw. in deren Folge zu Gedenken. Auf Grund der Tatsache, dass der 09.11. dieses Jahr auf einen Samstag fiel und von Freitagabend bis Samstagabend Schabath herrscht, konnte die Kranzniederlegung erst 18:30 Uhr erfolgen. Trotz der fortgeschrittenen Zeit, haben sich doch einige Personen eingefunden um an der Kranzniederlegung teilzunehmen und der Opfer zu gedenken.



Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof; Bild: privat

DIE LINKE Saale-Wipper: Ortsversammlung zur Jahresplanung 2020

Lars Lehmann, Die LINKE Saale-Wipper

Der Ortsverband Saale-Wipper der Partei Die Linke. fand sich am 13.11. erstmals unter dem neuen Vorstand zu einer Ortsversammlung im Landgasthaus Waidmannsheil zusammen, zahlreiche Genossinnen und Genossen, sowie Sympathisanten waren der Einladung gefolgt, sodass die anstehenden Themen weitläufig diskutiert werden konnten und es zu einem regen Ideen- und Meinungsaustausch kam. Bevor jedoch in die Diskussion eingestiegen werden konnte, bat Lars Lehmann die Anwesenden um eine Schweigeminute für das kürzlich verstorbene Mitglied Gerhard Lehmann aus Alsleben.

Die in diesem Jahr noch anstehenden Punkte konnten relativ zügig abgehandelt werden, die Anwesenden sprachen sich einstimmig für die Durchführung einer Weihnachtsfeier aus, diese wird am 06.12. ab 17:00 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Osmarsleben durchgeführt. Fortgeführt werden soll auch die Aktion „Kinder statt Spekulanten beschenken“, hierzu werden die Mitglieder des Ortsverbandes am 24.12. vor dem EDEKA Amelang in Güsten zu finden sein und kleine Präsente an die jüngsten überreichen.

Der Haupttagesordnungspunkt war der Jahresplan für 2020, in welchem ab sofort alle Termine langfristig geplant werden sollen. Die Eckpunkte hierbei bilden der Neujahrsempfang am 11.01., die Frauentagsfeier am 08.03. eine Veranstaltung zum 01. Mai, ein Sommerfest, die Kranzniederlegung zum

09.11. sowie die beiden bereits im Vorfeld genannten Veranstaltungen Weihnachtsfeier und „Kinder statt Spekulanten beschenken“.

Über die konkreten Termin für die o.g. Veranstaltungen hinaus, erfolgte auch schon eine zumindest grobe Orientierung für die Ortsversammlungen, hier wird es auf Grund der zahlreichen Veranstaltungen wahrscheinlich noch 3 reine Ortsversammlungen geben. Hier will man wieder verstärkt in die einzelnen Orte der Verbandsgemeinde gehen um überall den Bürgern ein Einblick in unsere Arbeit zu geben und ihnen die Chance geben mit uns ins Gespräch zu kommen.

Für die weitere Entwicklung des Ortsverbandes ist eine verstärkte Konzentration auf die Mitglieder und Sympathisantengewinnung vorgesehen und ein Ausbau der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Hier soll der vor einigen Jahren schon einmal eingeführte Newsletter über die Arbeit des Ortsverbandes informieren und zudem verstärkt in den sozialen Medien über unsere Arbeit berichtet werden.

Nach den Punkten der Tagesordnung fand noch ein reger Austausch über politische Themen von der Kommunal- bis zur Europapolitik statt.

Ortsversammlung in Bernburg

Elke Rehmann, stellvertretende Ortsvorsitzende

Am 20. November fand in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Bernburg eine Mitgliederversammlung des Ortsverbandes statt, an der 19 Mitglieder teilnahmen.

Auf der Tagesordnung standen die Diskussion über die Arbeit des Ortsverbandes im laufenden Jahr sowie ein Bericht aus der neuen Stadtratsfraktion. Jörg Lemmert als Ortsvorsitzender, übernahm die Versammlungsleitung und machte zu Beginn einen Rückblick auf verschiedene gelungene Veranstaltungen, wie z. B. die „Linken Stammtische“, „Culinarío“ vor dem Bernburger Wahlkreisbüro sowie die monatlichen Info-Stände auf dem Karlsplatz. Nicht zu vergessen das „Lesen gegen das Vergessen“ in Bernburg und die Kreisversammlung in Staßfurt mit der Neuwahl der Kreisvorsitzenden und des Kreisvorstandes. All diese Veranstaltungen wären ohne die ehrenamtlichen Helfer undenkbar, weshalb ihnen ein besonderer Dank galt.

Besonderes Augenmerk wurde auf die im Mai dieses Jahres stattgefundenen Kommunalwahlen gelegt, bei denen „DIE LINKE.“ eine beträchtliche Anzahl Stimmen, und somit 2 Sitze im Stadtrat Bernburg (Saale) verlor. Was war die Ursache? Als ein Grund dafür wurden die seit der Listenaufstellung im Februar aufgetretenen Querelen zwischen einzelnen Mitgliedern des Ortsverbandes benannt, die öffentlich ausgetragen wurden und dem Wahlkampf nicht gut taten. Es ging u.a. um Wahlfälschungsvorfälle, die aber von der Wahlkommission widerlegt werden konnten.

Die Auseinandersetzungen führten dazu, dass einige Vorstandsmitglieder ihr Amt niederlegten. Seit März besteht der Ortsvorstand deshalb nur noch aus 5 Mitgliedern, deren Zusammenarbeit ruhig und reibungslos funktioniert. Die Neuwahl erfolgt turnusmäßig im März 2020. Einige Anwesende nutzten an diesem Abend die Gelegenheit, die bestehenden Probleme (größtenteils privater Natur) ausgiebig zu diskutieren. Die Ortsversammlung empfahl den Streitparteien ein Gespräch mit neutralem Schlichter in kleiner Runde. Außerdem wurde mehrheitlich beschlossen, dass diese Streitthemen in zukünftigen Ortsversammlungen außen vor bleiben.

Zum zweiten Tagesordnungspunkt gab Christine Pfeiffer als stellvertretende Fraktionsvorsitzende einen kleinen Bericht über die Arbeit der neugewählten Stadtratsfraktion. Es konnten einige kleine Erfolge vermeldet werden, aber die Arbeit der Fraktion hat erst vor einigen Monaten begonnen und muss weiterhin stetig mit neuen Ideen und Vorschlägen ausgebaut werden.

Zum Abschluss der Ortsversammlung gab Maik Mingo als Vertreter von Ver.di einen Kurzbericht über den derzeitigen Stand der Entwicklung im Arbeitskampf der Beschäftigten in den Ameos-Kliniken. Außerdem wurden von Jörg Lemmert bereits jetzt feststehende wichtige Termine in Bernburg bekanntgegeben, die zu gegebener Zeit in der „Linken Zeitung“ veröffentlicht werden.

Zum Gedenken an Rosa – Zitat des Monats:



“
Ich fühle mich
in der ganzen Welt zu Hause,
wo es Wolken und Vögel
und Menschentränen gibt

”
Bild: Karl Dietz Verlag

Vorlesetag in Osmarsleben

Ernst Hermann Brink, DIE LINKE Saale-Wipper

Der LINKE Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Güsten Ernst Hermann Brink hat am 16. bundesweiten Vorlesetag teilgenommen. Er

war am Freitag, 15.11.2019 in der Kindertagesstätte „Pünktchen's Stomerland“ im Günstener Ortsteil Osmarsleben. In diesem Jahr hörten die Kinder der Gruppe von Frau Schirrmeyer das Märchen: „Schneewittchen“ von den Gebrüder Grimm. Nachdem die Kinder aufmerksam zugehört hatten, beantworteten sie die Fragen des Vorlesenden. Alle wussten wie oft und womit die böse Stiefmutter Schneewittchen umbringen wollte. Zum Abschluss überreichte Herr Brink allen Kindern noch eine Urkunde für das gute Zuhören. Die Erzieherinnen der Kindertagesstätte freuen sich immer über

Vorleser in ihrer Einrichtung. Da der Stadtrat Brink bereits das siebente Mal am bundesweiten Vorlesetag teilnahm, wird er von der Leiterin schon immer fest für die große Gruppe eingeplant. Brink: „Ich nehme am bundesweiten Vorlesetag teil, weil ich den Kindern, dass Lesen näher bringen will. Kinder sollten nicht nur mit Handy's spielen. Das Lesen und Vorlesen fördert die geistige Entwicklung der Kinder. Mit dem Vorlesen will ich ein öffentlichkeitswirksames Zeichen für das Vorlesen setzen und so Freude am Lesen wecken.“ Die Vorleser an diesem Aktionstag zeigen mit viel Leidenschaft, ehrenamtlich und unentgeltlich, wie schön und wichtig vorlesen ist. Ziel ist es, Begeisterung für das Lesen und Vorlesen zu wecken und Kinder bereits früh mit dem geschriebenen und erzählten Wort in Kontakt zu bringen. Dies ist besonders wichtig in Deutschland dem Land der Dichter und Denker!



Vorlesetag in der Kita; Bild: privat

Neuer Vorstand der Bundestagsfraktion:

»Jetzt mit vereinten Kräften die Herausforderungen annehmen, die vor uns liegen«

Die Fraktion hat im November einen neuen Vorstand gewählt. Zusammen mit Dietmar Bartsch führt jetzt Amira Mohamed Ali die Fraktion: »Wir werden jetzt mit vereinten Kräften die Herausforderungen annehmen, die vor uns liegen«, sagt die neu gewählte Fraktionsvorsitzende in ihrem ersten Presse-

statement und betont: »Es ist unsere Aufgabe, vereint zu sein und die Regierung an den Stellen zu stellen, an denen sie gestellt werden muss. Wir es der Regierung nicht weiter durchgehen lassen, dass sie unfähig ist und nicht genug tut für die Belange der großen Mehrheit der Gesellschaft.«



Die neue Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali;
Bild: privat

MITGLIEDER DES VORSTANDES DER FRAKTION

Fraktionsvorsitzende

Amira Mohamed Ali, Niedersachsen

Dietmar Bartsch, Mecklenburg-Vorpommern

Parlamentarischer Geschäftsführer

Jan Korte, Sachsen-Anhalt

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Caren Lay, Sachsen

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiter/innen der Arbeitskreise

Susanne Ferschl, Bayern

Fabio De Masi, Hamburg

Gesine Löttsch, Berlin

Petra Sitte, Sachsen-Anhalt

André Hahn, Sachsen

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin

Cornelia Möhring, Schleswig-Holstein

Beratende Stimmen im Vorstand

Petra Pau, Vizepräsidentin des Bundestages, Berlin

Katja Kipping, Parteivorsitzende, Sachsen

Bernd Riexinger, Parteivorsitzender, Baden-Württemberg

Jan Korte erneut zum 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der Linksfraktion gewählt

Bei den turnusmäßigen Neuwahlen des Fraktionsvorstandes ist am Dienstag der Bundestagsabgeordnete der LINKEN für den Wahlkreis Anhalt, Jan Korte, als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Bundestag bestätigt worden. Als Nachfolgerin für nicht erneut angetretene bisherige Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht wurde Amira Mohammed Ali gewählt, Fraktionsvorsitzender bleibt Dietmar Bartsch. Damit bleibt Jan Korte zuständig für die Planung der Abläufe, Parlamentsdebatten und Gesetzesinitiativen im Parlament und die Verhandlungen darüber mit den anderen Fraktionen. Sein Themenschwerpunkt wird auch zukünftig die Parlamentsreform sein: »Der Bundestag und die Bundesregierung müssen sich auf die Bürgerinnen und Bürger zubewegen, wenn die Demokratie und das In-

teresse an Politik gestärkt werden sollen. Bei politischen Entscheidungen muss mit offenen Karten gespielt werden«, sagt Korte. Damit begründet er nicht nur die Forderung seiner Linksfraktion nach der öffentlichen Übertragung von Ausschusssitzungen, sondern auch die Forderung nach mehr Lobbykontrolle. Seine Fraktion will, dass zukünftig Kontakte zwischen Ministerien und Interessenvertretungen und ihr Einfluss im Gesetzgebungsverfahren protokolliert werden, um damit die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen zu gewährleisten.



MdB Jan Korte; Bild: privat

Bürger aus dem Salzlandkreis zu Gast in der Bundeshauptstadt

Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte



Bild: privat

Ende November hatten erneut fünfzig Bürgerinnen und Bürger aus dem Salzlandkreis und weiteren Landkreisen die Möglichkeit, das politische Berlin auf Einladung des LINKE-Bundestagsabgeordneten Jan Korte und organisiert durch das Bundespresseamt, kennenzulernen.

Auf dem Programm standen unter anderem der Besuch des Denkmal für die 6 Millionen von den Nazis zwischen 1933 und 1945 ermordeten Juden Europas, das traditionsreiche „Karl-Liebnecht-Haus“ – der heutige Sitz der LINKEN-Bundesgeschäftsstelle am Rosa-Luxemburg-Platz, der Bundestag im Reichstagsgebäude, ein Gespräch mit Jan Korte und eine Berlin-Rundfahrt, die zahlreiche geschichtliche Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt umfasste.

Eine Station war die kürzlich von Korte in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnete Wanderausstellung, die sich kritisch mit den Treuhandprivatisierungen zwischen 1990 und 1995 auseinandersetzt und in der Betroffene zu Wort kommen. Anhand der persönlichen Schicksale werden das Ausmaß der Schließung tausender Betriebe und der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen dokumentiert.

Für Jan Korte, der die Besuchergruppe aus dem Salzlandkreis im Fraktionssaal der LINKEN empfing, stellt die kritische Aufarbeitung der Treuhandprivatisierungen eine Kernforderung der LINKEN dar. Es sei eine Frage des Respekts gegenüber Millionen Ostdeutschen, die seit dreißig Jahren darauf warten, dass die Wahrheit über die Strippenzieher hinter dem

Kahlschlag an der ostdeutschen Wirtschaft an das Tageslicht komme.

Darum fordere DIE LINKE die Einsetzung eines Bundestags-Untersuchungsausschusses mit dem Ziel, Einsicht in die bislang unter Verschluss gehaltenen Treuhand-Akten zu erhalten.

Auch der gemeinsame Kampf für den Erhalt der Öffentlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und einer wohnortnahen Krankenhausversorgung standen im Mittelpunkt des angeregten Meinungsaustausches der Bürgergruppe mit ihrem Abgeordneten. Statt einer Milliarden Euro schweren Aufrüstung der Bundeswehr fordert Korte eine Investitions-offensive für Kitas, Schulen, Schwimmbäder und die marode Infrastruktur im ländlichen Raum.

Bundestags-LINKE unterstützte Interkulturelle Woche in Bernburg mit Spende

Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Seit vielen Jahren gehören die LINKE-Bundestagsfraktion und ihr anhaltischer Bundestagsabgeordneter Jan Korte zu den Unterstützern der Kultur-, Sport-, Kinder- und Jugendvereinsarbeit im Salzlandkreis.

So konnte Jan Korte kürzlich vor der Kulisse des Bernburger Theaters mit einer weiteren Spende in Höhe von 300 Euro die diesjährige Interkulturelle Woche finanziell unterstützen. Um den Konzertzugang bei „Klassik trifft Temperament“ mit einem kleinen Eintrittspreis auch möglichst vielen Gästen zu ermöglichen, wurden Spenden gesammelt. Über die 300 Euro von Seiten der LINKEN freuten sich bei

der Scheckübergabe Sarah Baginski von der Stiftung Evangelische Jugendhilfe und die Bernburger Pianistin Shanna Griniwa.

Im diesem Jahr durften die Bernburgerinnen und Bernburger ein ganz besonderes Konzert mit der in der Saalestadt bereits bekannten Sopranistin Henriette Schein und dem Tenor Jakob Romero Kressin (USA) und dem virtuosen Geiger Oleg Kreminchutsky genießen. Das Programm beeindruckte mit einer großen Vielfalt, wie angekündigt traf dort Klassik auf Temperament und begeisterte das Publikum. Der „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.“ finanziert sich und seine Aktivitä-

ten aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden der LINKEN-Bundestagsabgeordneten. Er wurde gegründet, um vor allem Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Selbsthilfe, der Freien Wohlfahrtspflege, Kultur und Sport zu fördern. Aus dem Solidarfonds der Bundestagsfraktion, in den Jan Korte monatlich einen Teil seines Einkommens spendet, konnten seit Beginn dieser Wahlperiode im Herbst 2017 in seinen Wahlkreisen Anhalt und Harz bereits rund 22.000 Euro an Projekte und Vereine ausgereicht werden.

Weitere Infos dazu gibt es auf www.jankorte.de und www.fraktionsverein.de.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Dezember recht herzlich

Zum 87. Geburtstag
Franz Walter

Zum 86. Geburtstag
Karin Zeißig

Zum 83. Geburtstag
Franz Meier

Zum 75. Geburtstag
Dr. Jürgen Beyer

Zum 65. Geburtstag
Roland Claus

Zum 60. Geburtstag
Uwe Maiberg
Bernd Deutschbein
René Schwarz

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Dezember Geburtstag haben



Neue Sprechzeiten im Staßfurter Fraktionsbüro

MO: 12:00 Uhr bis 17:00 Uhr
DI: 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr
DO: 14:30 Uhr bis 18:00 Uhr
FR: 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr

Die Fraktion ist auch wie folgt zu erreichen: Tel. / Fax: 03925 - 322 381, E-Mail: ktf@dielinke-salzlandkreis.de.

Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächste Sitzung am **09.12.2019 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94) durch.

„Kaffee mit Links“ im Büro von MdL Hildebrandt und MdB Korte

Am **11.12.2019 ab 16 Uhr** gibt es wieder die Gelegenheit, im Bernburger Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein friedliches und erholsames Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Kreisvorstand
Redaktion DLZ

Ortsversammlung DIE LINKE Staßfurt

Am **11.12.2019 ab 17 Uhr** im Fraktionsbüro in Staßfurt (Löderburger Straße 94). Im Mittelpunkt werden der Rückblick auf das Wahljahr 2019 und der Blick ins nächste Jahr stehen.

Termine im „Linkstreff“

Im Ascherslebener Büro (Oststraße 5) gibt es immer am 1. und 3. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr eine **LINKE Sprechstunde** und immer am 2. Montag im Monat das „Kaffee mit Links“.

Nachruf
In stillem Gedenken
Gerhard Lehmann



OV Saale-Wipper
Kreisvorstand

Vorankündigung **Neujahrsempfang:** Kreisverband, Kreistagsfraktion, MdL Doreen Hildebrandt und MdB Jan Korte laden am **20.01.2020** wieder zum gemeinsamen LINKEN Neujahrsempfang nach **Bernburg** ein.

Vorankündigung **Neujahrsempfang DIE LINKE Saale-Wipper:** Am **11.01.2020** lädt der Ortsverband Saale-Wipper wieder ab 18 Uhr in den Gemeindesaal nach Amesdorf ein.

Vorankündigung **Neujahrsempfang DIE LINKE Aschersleben:** Am **27.01.2020** lädt der Ortsverband Aschersleben ab 18 Uhr ins Bestehornhaus ein.



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **12.12.2019 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

ClimatePartner® klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 10. Januar 2020. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 22. November 2019.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.